

Zivilcouragierte Bürger verhindern die Abschiebung einer Familie in Voralberg

Die für heute Früh geplante Abschiebung einer kosovarischen Flüchtlingsfamilie in Röthis ist abgebrochen worden. Zahlreiche Bürger versammelten sich vor dem Haus und intervenierten mit dem Bürgermeister bei den Behörden.

Am Donnerstag kurz nach 4.00 Uhr sollte die vierköpfige Flüchtlingsfamilie mit Kindern im Alter von drei und fünf Jahren aus dem Kosovo zur Abschiebung abgeholt werden. Doch mindestens 30 Bürger aus Röthis und den umliegenden Ge-

meinden versuchten, die Polizisten von ihrem Auftrag abzubringen. Die Familie sei gut integriert, so die Protestierenden. Einziger Grund der Abschiebung sei ein Antrag aus Deutschland, weil der Familienvater unerlaubter Weise seine Mutter

in München besucht habe. Ansonsten seien alle Bedingungen für ein humanitäres Bleiberecht erfüllt. Der Antrag aus Deutschland werde in drei Wochen gelöscht, hofft der Anwalt der Familie.

www.vorarlberg.orf.at



Demo in Kärnten: 80.000 protestieren

Autonome und Gewerkschafter forderten in Klagenfurt Neuwahlen

Klagenfurt - Tausende Menschen haben am Montagabend in Klagenfurt erneut gegen die Landesregierung sowie für Neuwahlen in Kärnten demonstriert. An den Protestkundgebungen nahmen nach Polizeiangaben insgesamt mehr als 80.000 Personen teil. Das ist die fünfte Demonstration in Kärnten seit Beginn des Jahres, die Neuwahlen fordert, und die bisher größte in der Geschichte des Bundeslandes.

Autonome und Gewerkschafter riefen zu den Protesten auf und brachten mit einem Protestmarsch vom Hauptbahnhof zur Landesregierung ihren Ärger zum Ausdruck. Am Ziel angekommen forderte die Menge den Landeshauptmann sowie andere Regierungsmitglieder auf, herauszukommen, um sich die Forderungen persönlich anzuhören - jedoch vergeblich. Dabei kam es zu

Schlägereien mit der Polizei. Die Demonstranten skandierten Slogans gegen die Parteien, die "das Land in den wirtschaftlichen Ruin treiben", gegen die "Entführung des Landes durch Rechtsextremen" oder den "Schuldenkurs", wie auf unzähligen Transparenten zu lesen war. Rücktrittsforderungen waren ebenso lautstark zu hören, wie der Wunsch nach Neuwahlen und die Verfrachtung der Regie-

rungsmittel "auf die Saualm". Die Demonstranten versammelten sich vor dem Regierungsgebäude, wo ein minutenlanges Pfeifkonzert statt fand, während Steine auf Jalousien und Fenster geworfen wurden. Es kam gegen Ende der Demonstration auch zu mehrfachen Würfen von Steinen auf Polizeibeamte. 75 Demonstranten wurden festgenommen.

Asylzentrum kommt nach Oberösterreich

Ehemaliges KZ Mauthausen soll wieder in Betrieb genommen werden. Heftiger Protest der Grünen und Gutmenschen

Die Ministerin für Staatssicherheit Susann Fehler* hat bestätigt, dass das neue Asyl-Erstaufnahmезentrum im ehemaligen KZ Mauthausen eingerichtet wird. Dort sollen künftig bis zu 300 Personen in der Erstaufnahmestelle Platz finden. Die massiven Proteste der Bevölkerung gegen den Aufbau eines Asylzentrums in Eberau, hat die Regierung dazu gebracht, sich für die Nutzung des ehemaligen Konzentrationslagers zu entscheiden. "Jetzt braucht keiner Angst vor den Asylanten zu haben, da sich das Lager schon in der Vergangenheit als sicherer Ort erwiesen hat" sagte gestern die Ministerin.

Das KZ Mauthausen war das größte Konzentrationslager der Nationalsozialisten in den damaligen Donau und Alpenreichsgauen, dem heutigen Österreich. Es befand sich in Mauthausen, 15 Kilometer östlich von Linz, und existierte vom 8. August 1938 bis zu seiner Befreiung durch US-amerikanische Truppen am 5. Mai 1945. Auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers befindet sich heute eine Gedenkstätte. Das Museum und die Skulpturen, die an die Opfer des Holocaust erinnern, werden an einen japanischen Sammler verkauft werden, um die Umbaukosten zu finanzieren. Der Umbau-

beginn soll laut Fehler noch im Herbst 2010 sein, mit der Fertigstellung und Inbetriebnahme rechnet sie im Jahr 2012. Die Errichtung einer dritten Erstaufnahmestelle sei notwendig, damit nicht die Zentren im niederösterreichischen Traiskirchen und im oberösterreichischen Thalham "allein die Hauptlast zu tragen haben". Das vor Kurzem begründete „Bündnis der Gutmenschen“ (BÜG) und die Grüne Partei haben bei einer Versammlung beschlossen, eine Demonstration zum geplanten Asylzentrum am 26. Juni vor dem Ministerium für Staatssicherheit zu initiieren.

*Name von der Redaktion geändert



cc ianboc